



Zukunft der Eurozone : Vorschläge zur politischen Integration



Autor : Jean
Arthuis

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht eine Synthese des Berichts des französischen Senators Jean Arthuis, den dieser am 6. März dem französischen Premierminister François Fillon überreicht hat und der sich mit der Zukunft der Eurozone beschäftigt und mit der Frage, "wie die Regierung der Eurozone gestärkt werden und langfristig Stabilität garantiert werden kann". Dem Bericht zufolge sehen sich die Akteure mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass es dem Euro als Währung gut geht, während sich die Eurozone in einer Krise befindet. Der Bericht erläutert die Gründe hierfür, er stellt Gegenmaßnahmen vor und präsentiert Vorschläge mit dem Ziel eines "kohärenten Regierungsaufbaus" für die Eurozone. Der Autor plädiert für die Schaffung eines neuen Postens eines Präsidenten der Europäischen Union wie auch eines Wirtschafts- und Finanzministers für die Eurozone. Darüber hinaus schlägt er neue Maßnahmen für mehr Transparenz und für einen verstärkten Dialog in punkto Haushaltspolitik vor und für ein effizienteres Krisenmanagement.

[Fortsetzung](#)

Neuigkeiten : Atlas/EU - China/Indien **Wahlen** : Slowakei **Finanzkrise** : EZB - Eurogruppe - Österreich - Belgien - Zypern - Griechenland - IWF/Griechenland - Spanien - Italien - Slowakei **Europäischer Rat** : Bosnien-Herzegowina - Armenien **Kommission** : Ungarn - Wasser - Finanzen - Datenschutz - Bürgerschaft **Rat** : Grenzen/Migration - Umwelt - Schienenverkehr **Diplomatie** : Iran **Deutschland** : Fiskalpolitik - Wasser - Europa **Dänemark** : Geburten **Frankreich** : Tribune/Europe **Litauen** : Energie **Slowenien** : Haushalt **Kroatien** : Abstimmung/EU **OSZE** : Russland **Luftfahrt** : CO2-Handel **Eurostat** : Wachstum - Handel - Frauen **Eurobarometer** : Frauen - Tourismus **Berichte/Studien** : Popularität - Atom/Deutschland - Kosovo - EU/Asien **Veröffentlichungen** : Euro - Verteidigung - Europa/Bürger **Kultur** : Ausstellung/Paris - Kunst/Maastricht - Ausstellung/Rom - Bücher/Paris - Bibliothek/Sarajewo

Neuigkeiten :

Entdecken Sie den ersten immer gültigen Atlas der Europäischen Union



Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht den ersten dauerhaft gültigen Atlas der Europäischen Union, herausgegeben von Jean-Dominique Giuliani und Pascale Joannin, Präsident und Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung. Der Atlas enthält alle wichtigen Informationen zur Union, zu ihren Institutionen und zu jedem ihrer Mitgliedsländer, deren Geschichte, Kultur und statistischen Daten. Mit über 50 Karten, historischen Kurzübersichten und aktuellen Statistiken bietet der Atlas einen bisher nicht erhältlichen Gesamtüberblick zur Europäischen Union. Die Daten werden permanent aktualisiert, so dass zu jedem Zeitpunkt eine verlässliche aktuelle Information gewährleistet wird. Die aktuellen Daten sind im Internet auf den Seiten www.atlas-permanent.eu zu finden. Bestellen Sie den Atlas im Internet auf den Seiten der Stiftung: www.robert-schuman.eu. [Fortsetzung](#)

Europa aus der Sicht China und Indiens



Wie sehen China und Indien die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten? Wie beurteilen sie die Schuldenkrise in Europa? Was denken sie über den Euro? Wie sehen sie die weiteren Entwicklungen in Europa? Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht zu diesen Fragen in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung und dem Global Policy Institute eine Studie von Karine Lisbonne-de Vergeron, die sich mit dem Blick Chinas und Indiens auf die wirtschaftliche und politische Situation in Europa auseinander setzt. Die Studie kann über die Internetseiten der Stiftung bestellt werden, in Papierform oder als PDF... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Sozialdemokratische Partei von Robert Fico gewinnt slowakische Parlamentswahlen



Die sozialdemokratische Partei SMER-SD unter Vorsitz des ehemaligen Premierministers (2006-2010) Robert Fico hat die slowakischen Parlamentswahlen am 10. März gewonnen. Die Partei konnte 44,41% der Stimmen auf sich vereinigen, sie erhält damit 83 der 150 Sitze des Parlaments (Narodna rada Slovenskej republiky), +15 Sitze im Vergleich zur letzten Wahl. Die Partei von Fico liegt damit vor den Christdemokraten (KDH) unter Jan Figel und vor der Partei der gewöhnlichen Menschen und der Unabhängigen (OL'ANO), die jeweils 8,82% und 8,55% der Stimmen erhielten (beide gewannen 16 Sitze; +1 für die KDH). Die Partei Most-Híd kam auf 6,89% der Stimmen (13 Sitze, -1). Die Partei der demokratischen Union und demokratische Christen (SDKU-DS), die Partei der scheidenden Premierministerin Iveta Radicova, gewann 6,09% der Stimmen und erhält 11 Sitze (-17). Die Partei Freiheit und Solidarität (SaS) gewann 5,88% der Stimmen und erhält ebenso 11 Sitze (-11). Die Wahlbeteiligung lag bei 59,11%... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Gedämpfter Optimismus der EZB



Im Anschluss an die Sitzung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank verkündete EZB-Präsident Mario Draghi, dass die Leitzinsen unverändert bleiben. Entsprechend den letzten Analysen sei die Wirtschaftsaktivität zwar um 0,3% im letzten Quartal 2011 zurückgegangen, sie hätte sich seitdem allerdings stabilisiert, und sollte im Laufe des Jahres wieder ansteigen. Den Vorhersagen nach wird das Wirtschaftswachstum 2012 zwischen -0,5% und 0,3% und 2013 zwischen 0% und 2,2% betragen... [Fortsetzung](#)

Eurogruppe ist zufrieden mit Schuldenschnitt für Griechenland



Am 9. März erklärte der Vorsitzende der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, dass nunmehr "sämtliche Voraussetzungen erfüllt seien", damit die Mitgliedsländer ihre Zustimmung zur Auszahlung der nächsten Tranche an Hilfgeldern für Griechenland erklären könnten, nachdem die Verhandlungen zwischen den Vertretern des griechischen Staates und der privaten Gläubiger erfolgreich abgeschlossen werden konnten und ein Schuldenschnitt in Form eines Umtauschs an Wertpapieren beschlossen wurde.

Sparplan für Österreich



Die österreichische Regierung hat sich am 6. März im Ministerrat auf einen Sparplan im Umfang von 27,9 Milliarden Euro geeinigt, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren und um bis Ende 2016 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können. Der Sparplan sieht reine Einsparungen in Höhe von 17,3 Milliarden Euro vor, ebenso wie neue Steuern und die Anhebung von bestehenden Steuern im Umfang von 9,2 Milliarden Euro, wie auch eine Reform der Krankenversicherung, die zu Einsparungen von 1,4 Milliarden Euro führen soll. Insgesamt werden Einsparungen in Höhe von 27,9 Milliarden Euro angestrebt, die die Regierung, die aus einer großen Koalition zwischen Sozialdemokraten (SPÖ) und Konservativen (ÖVP) besteht, innerhalb von 5 Jahren realisieren will... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neuer Sparplan für Belgien



Die belgische Regierung einigte sich am 11. März auf neue Sparmaßnahmen im Umfang von 1,82 Milliarden Euro, um das Haushaltsdefizit im Jahr 2012 auf 2,8% des BIP abzusenken und so die europäischen Vorgaben einzuhalten. "Mit diesem Haushalt nimmt unser Land eine Vorreiterrolle in Europa ein", sagte Premierminister Elio Di Rupo nachts bei der Präsentation der Einigung, für die die 6 Parteien der Koalitionsregierung 6 Tage verhandelten. Die neuen Sparmaßnahmen über 1,82 Milliarden Euro verstärken die Ende 2011 verabschiedeten Sparpläne in Höhe von 11,3 Milliarden Euro und sollen der Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts dienen. Zu den neuen Maßnahmen entschloss sich das Land aufgrund des Drucks der Europäischen Kommission, nachdem die offizielle Wachstumsprognose in Belgien für 2012 von zunächst 0,8% auf 0,1% korrigiert worden war... [Fortsetzung](#)

Zypern: BIP im Jahr 2011 gesunken



Nach neuesten Zahlen, die das zuständige Institut am 9. März 2012 veröffentlichte, muss Zypern für 2011 einen Wirtschaftsabschwung von 0,7% verzeichnen, nachdem es im Jahr 2010 einen Anstieg um 1% gegeben hatte. Die Krise trifft insbesondere den Bausektor, die Industrie, Elektrizität, Verkehr und Handel, hingegen konnten der Tourismus, der 12% des BIP ausmacht, der Bankensektor, Gesundheit und Bildung einen Aufschwung verzeichnen. 2011 kamen 10,1% mehr Touristen nach Zypern als im Vorjahr, in erster Linie Engländer, Russen und Deutsche. Die durchschnittlichen Einnahmen stiegen um 12,9% an bezogen auf das gesamte Jahr, auf insgesamt 1,75 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Schuldenschnitt für Griechenland kommt voran



Am 9. März gab der griechische Finanzminister bekannt, dass eine Mehrheit der griechischen Gläubiger zu einem Tausch ihrer Wertpapiere oder zu einer Änderung der Konditionen ihrer Investitionen bereit sei. Die Investoren waren zuvor aufgerufen worden, Vorschläge zum Tausch oder zu Änderungen zu machen betreffend Verbindlichkeiten des griechischen Staates in Höhe von insgesamt 177 Milliarden Euro. Es wurden Vorschläge für eine Umstrukturierung der Schulden in Höhe von insgesamt 85,8% des Gesamtvolumens gemacht. Bezüglich ausländischer Schuldtitel und bezüglich Verbindlichkeiten öffentlicher Unternehmen, die durch den Staat abgesichert wurden, beträgt die Quote 69%. Dieses Verfahren, das weltweit erstmals durchgeführt wurde, soll zu einem Abbau der öffentlichen Schulden von 160% des BIP auf 120% des BIP bis 2020 führen und zudem den Weg frei machen für die Auszahlung der Gelder aus dem 2. Hilfspaket der Eurogruppe... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF: neue Hilfszahlungen für Griechenland

Das Direktorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird den EU-Mitgliedsstaaten vorschlagen, weitere 28 Milliarden Euro an Hilfszahlungen an Griechenland auszuzahlen, wie die Generaldirektorin



des IWF, Christine Lagarde, am 9. März 2012 bekannt gab. Der IWF will diese Auszahlung anstelle eines im Mai 2010 zugesagten Kredits in Höhe von 30 Milliarden Euro tätigen, von dem noch 10 Milliarden Euro nicht ausgezahlt wurden, die nunmehr in die anstehende Auszahlung in Höhe von 28 Milliarden Euro einfließen sollen. Die neuen Hilfszahlungen sollen in Form von günstigeren Krediten erfolgen; hierbei handelt es sich um Kredite, die für Länder mit langfristigen Schwierigkeiten vorgesehen sind. Christine Lagarde schlägt eine über vier Jahre verteilte Auszahlung vor mit einer Laufzeit von maximal 10 Jahren...

[Fortsetzung](#)

Spanien: neue Regelungen zum Schutz vor Wohnungsräumung



Am 9. März verabschiedete die spanische Regierung einen neuen Maßnahmenkatalog, der sich an Banken richtet, um in extremen Notfällen die Ausweisung überschuldeter Familien zu verhindern, die ihre Hypothekenschulden nicht mehr begleichen können. "In diesem Ministerrat haben wir Maßnahmen beschlossen, die vielen Spaniern in dramatischen Umständen helfen sollen, da diese bereits alles verloren haben, auch ihre Arbeit", teilte die Pressesprecherin der Regierung, Soraya Saenz de Santamaria mit. Aktuell leidet Spanien unter einer Rekordarbeitslosenquote von 22,85%. Die Regelungen betreffen "zahlreiche Familien - über 1,5 Millionen Familien - in denen sämtliche Familienmitglieder arbeitslos sind, Familien ohne Einkommen, die angesichts der Unmöglichkeit, ihre Hypothekenschulden zu begleichen, von einer Wohnungsräumung bedroht sind"... [Fortsetzung](#)

Italien in Rezession



Am 12. März bestätigte das Statistikinstitut Istat, dass Italien sich seit Ende 2011 in einer Rezession befindet, da das BIP im 4. Quartal im Vergleich zum vorherigen Quartal um 0,7% gesunken ist. Dieser erneute Rückgang des BIP, der auf einen Rückgang um 0,2% im 3. Quartal folgt, bedeutet für die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone den Eintritt in die Rezession, die im Falle von zwei aufeinander folgenden Rückgängen des BIP vorliegt. Das BIP sank bezogen auf das gesamte Jahr im 4. Quartal um 0,4%, entgegen am 15. Februar zunächst prognostizierten -0,5%. Bezogen auf das gesamte Jahr 2011 kann Italien in bereinigten Zahlen ein Wachstum von 0,5% verzeichnen, entgegen zunächst prognostizierten 0,4%...

[Fortsetzung](#)

Slowakei: Anstieg des BIP im Jahr 2011



Nach neuesten Zahlen, die das nationale Statistikbüro der Slowakei soeben veröffentlichte, stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Slowakei im Jahr 2011 um 3,3%. Trotz positiver Zahlen korrigierte die slowakische Regierung ihre Wachstumsprognose für 2012 nach unten. Aufgrund der Schuldenkrise der Eurozone wird für 2012 nur noch ein Wachstum von 1,1% vorhergesagt (die Vorhersage von 1,7% wurde nach unten korrigiert). Für das laufende Jahr wird keine Rezession vorhergesagt... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Herman Van Rompuy trifft neuen bosnischen Premierminister



Der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und der neue Premierminister von Bosnien-Herzegowina Vjekoslav Bevanđić haben sich am 9. März getroffen. Van Rompuy begrüßte die Regierungsbildung, die verdeutliche, dass Bosnien in der Lage sei, existierende Differenzen zu überwinden. Darüber hinaus begrüßte Rompuy eingeleiteten Reformen zur Erreichung der europäischen Standards, insbesondere die Gesetze zur Volkszählung und zu staatlichen Beihilfen. Der EU-Ratspräsident forderte Bosnien-Herzegowina auf, die Anstrengungen fortzuführen und seine Verfassung entsprechend der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte zu reformieren. Die EU sei bereit, notwendige Hilfen und Unterstützung zur Verfügung zu stellen, so dass die europäischen Ambitionen des westlichen Balkans in die Tat umgesetzt werden können... [Fortsetzung](#)

Treffen zwischen H. Van Rompuy und dem armenischen Präsidenten



Am 6. März trafen sich der europäische Ratspräsident, Herman Van Rompuy, und der Präsident der Republik Armenien, Serzh Sargsyan, in Brüssel. Herman Van Rompuy begrüßte die Reformankündigungen und die Ankündigung demokratischer Wahlen durch den armenischen Präsidenten; hierdurch könnten engere Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Armenien entstehen. Ratspräsident Van Rompuy erklärte darüber hinaus, dass die Verhandlungen bezüglich eines Freihandelsabkommens, eines Partnerschaftsabkommens und einer Visaregelung voran gekommen seien...

[Fortsetzung](#)

Kommission :

Kommission verstärkt Druck auf Ungarn



Am 17. Januar sandte die Europäische Kommission drei Briefe an Ungarn, um weitere Schritte wegen Vertragsverletzungen in die Wege zu leiten. Die Kommission ist der Ansicht, dass die neue ungarische Verfassung und die neuen Gesetze die Unabhängigkeit der Zentralbank nicht garantieren, ebenso ist nach Meinung der Kommission die Unabhängigkeit der Datenschutzbehörde und der Justiz nicht gewährleistet. Ungarn hat sich bisher nicht zu den Vorwürfen geäußert. Am 7. März forderte die Kommission Ungarn in 2 Schreiben ausdrücklich dazu auf, ungarns Gesetze in Einklang zu bringen mit europäischem Recht. Im Fokus der Kommission stehen ein Gesetz zur Unabhängigkeit der Datenschutzbehörde und ein Gesetz zur Absenkung des Rentenalters für Richter von 70 auf 62 Jahre. Die Kommission gab der ungarischen Regierung einen Monat Zeit für die Umsetzung der Forderungen...

[Fortsetzung](#)

Weltweiter Zugang zu Wasser



Anlässlich des Weltwasserforums in Marseille hat die Generaldirektion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Europäischen Kommission eine Studie veröffentlicht, die einen Überblick über die von der Kommission unterstützten Projekte in den Bereichen Wasser und Sanitärinstallationen gibt. Seit 2004 konnte durch diverse Programme über 32 Millionen Menschen aus über 30 Ländern geholfen werden; jährlich wurden Mittel in Höhe von ca. 400 Millionen Euro bereit gestellt. Mit Hilfe der Wasserinitiative der Europäischen Union, die die Mitgliedsländer im Jahr 2002 beschlossen, um die Millenniumsziele zu erreichen, konnten weitere 700 Millionen Euro bereit gestellt werden...

[Fortsetzung](#)

Neue Finanzregelungen



Die Generaldirektion für Binnenmarkt der Europäischen Kommission hat Änderungsvorschläge für Wertpapierabrechnungen veröffentlicht. In diesem Bereich gibt es auf nationaler Ebene wenig Sicherheitsprobleme, auf internationaler Ebene zeigen sich jedoch erhebliche Sicherheitsprobleme. Der Bericht enthält Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit: kürzere Buchungszeiträume, Relegung der Probleme im Zusammenhang mit Wertpapieren in Papierform, Regelung von gescheiterten Abwicklungen, Regelung der Risiken in Zusammenhang mit den Abwicklern - insbesondere im Zusammenhang mit Bankdienstleistungen, Aufsichtsregeln für Zentralverwahrer...

[Fortsetzung](#)

Stellungnahme des europäischen Datenschutzbeauftragten



Am 7. März gab der europäische Datenschutzbeauftragte (EDPS), Peter Hustinx, eine kritische Stellungnahme ab bezüglich der von der Europäischen Kommission geplanten Regelungen zu Änderungen des Datenschutzes, die die Kommission am 25. Januar vorgestellt hatte. Nach Meinung des Datenschutzbeauftragten "sind wir von einheitlichen Datenschutzregelungen auf nationaler und auf europäischer Ebene in sämtlichen Politikbereichen der EU noch weit entfernt". In seiner Stellungnahme kritisiert Hustinx, dass sich die Reform nicht auf Institutionen und Organe der EU

bezieht. Darüber hinaus enthalten die Reformpläne zu viele mögliche Ausnahmen, was Datentransfers in Drittländer angeht. Der Datenschutzbeauftragte äußerte Bedenken angesichts der großen Machtfülle der Kommission, insbesondere bezüglich der geplanten Regelung und Angleichung unterschiedlicher Kontrollbehörden auf nationaler Ebene... [Fortsetzung](#)

Europäische Bürger haben Schwierigkeiten bei Ausübung ihres Wahlrechts



Am 9. März veröffentlichte die Kommission einen Bericht, der offenlegt, dass nur 10% der 8 Millionen Wahlberechtigten in der Europäischen Union, die aktuell in einem anderen Mitgliedsland wohnen als sie geboren sind, zum jetzigen Zeitpunkt von ihrem Wahlrecht bei Kommunalwahlen Gebrauch machen können. Der Bericht nennt verschiedene Ursachen: Unkenntnis der Bürger bezüglich ihres Wahlrechts oder auch rechtliche Hindernisse trotz der korrekten Umsetzung der Richtlinie 94/80/CE. Die Ausrufung des Jahres 2013 als "europäisches Jahr der Bürgerschaft" durch die Kommission wird hoffentlich zu einer Verbesserung der Situation führen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Grenzen und Migration im Fokus des Rates für Justiz und Inneres



Am 8. März haben die Innen- und Justizminister der 27 Mitgliedsstaaten über die Zusammenarbeit im Schengenraum beraten. Vor allem die Kooperation mit Island, Lichtenstein, Norwegen und der Schweiz soll verbessert werden. Die Minister haben ebenfalls auf Schwachstellen in der griechischen Verwaltung der Außengrenzen hingewiesen. Der Rat hat beschlossen, mehr Solidarität und Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten herzustellen, insbesondere falls ein einzelner Staat sich einem ungewöhnlich hohen Andrang von Migranten gegenüber sieht. Hierdurch sollen die zuständigen Stellen besser vorbereitet sein und effektiver reagieren. Schliesslich wurde über das Schengener Informationssystem und über ein gemeinsames europäisches Asylsystem gesprochen... [Fortsetzung](#)

Schwierige Diskussionen über Gentechnik



Am 9. März haben die 27 EU-Umweltminister darüber diskutiert, ob ein Staat es ablehnen kann, dass von der EU genehmigte genmodifizierte Agrarprodukte auf seinem Territorium angebaut werden. Der von der dänischen Präsidentschaft vorgeschlagene Kompromiss sieht vor, dass derartige Vorbehalte unter bestimmten Bedingungen während und nach dem Ende des Genehmigungsverfahrens möglich sind. Allerdings konnte keine Einigung erzielt werden, da befürchtet wird, dass eine solche Regelung mit den im Rahmen der Welthandelsorganisation beschlossenen Verträgen nicht zu vereinbaren ist. Außerdem wollen die Staaten inkohärente bzw. redundante Beschlüsse im Bezug auf das EU-Recht vermeiden. Die Minister haben darüber hinaus die Konferenzen der Durban und Rio+20 Verhandlungen vorbereitet... [Fortsetzung](#)

Auf dem Weg zu einem europäischen Schienennetz



Am 8. März hat der Rat nach erster Lesung seinen Beschluss über ein einheitliches europäisches Schienennetz gefasst. Im Dezember 2011 gab es diesbezüglich eine Einigung des Rates und des europäischen Parlaments. Ziel ist es, den Kontrollgremien mehr Unabhängigkeit zuzugestehen und dass sich die Mitgliedsstaaten schrittweise an die neuen Regeln im Bereich der Tarifgestaltung anpassen. Entsprechend des Beschlusses soll es künftig auch leichter sein, die verschiedenen Akteure im Bahnverkehr zu trennen. Das heißt in erster Linie, dass Schienennetzbetreiber und Benutzer der Infrastruktur zu unterschiedlichen Unternehmen gehören sollen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Vorschlag zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zum iranischen Nuklearprogramm



Am 6. März schlug die Hohe Repräsentantin der Europäischen Union, Catherine Ashton, dem iranischen Chefunterhändler für das Nuklearprogramm, Saeed Jalili, in einem Brief eine schnelle

Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den iranischen Verantwortlichen und der internationalen Gemeinschaft zum iranischen Nuklearprogramm vor (insbesondere mit der Europäischen Union, mit den USA, mit Russland, mit China, mit Frankreich, mit Deutschland und Großbritannien). Der Brief ist eine Reaktion auf die steigenden Spannungen zwischen Iran und Israel und auf die Veröffentlichung eines Berichtes der Internationalen Atomenergiebehörde, in dem Zweifel geäußert werden bezüglich der zivilen Nutzung der iranischen Atominstallationen... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Deutsche Regierung verabschiedet Gesetz zur Umsetzung des Fiskalpaktes in nationales Recht



Am 7. März stimmte das Bundeskabinett für den Gesetzestext, der die Regelungen des Fiskalpaktes in deutsches Recht umsetzen soll. Das Gesetzesvorhaben muss von 2/3 der Abgeordneten befürwortet werden, obwohl das Grundgesetz bereits eine Schuldenbremse enthält. Dies liegt daran, dass der neue Fiskalpakt die Möglichkeit vorsieht, im Falle der Nichteinhaltung der Schuldenbremse vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt zu werden. Hierdurch ist die Staatssouveränität betroffen, wodurch die Änderung eine 2/3-Mehrheit im Parlament erfordert. Die Bundesregierung muss sich somit mit der Opposition einigen (insbesondere mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen)... [Fortsetzung](#)

Neue deutsch-französische Wasserschutzpolizei



Am 9. März wurde von französischen und deutschen Polizeibeamten die deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation in Kehl eingeweiht, die effizientere Einsätze auf dem Rhein gewährleisten soll. Die neue Kompanie besteht aus 24 baden-württembergischen Beamten und aus 21 französischen Beamten (Taucher, Piloten, Funktechnikern...). Insgesamt gibt es drei Stationen: Kehl und Vogelgrun und Gamsheim (elsässische Gemeinden). Die Kompanie wird insgesamt 160 km des Rheins kontrollieren, von Basel bis Baden-Baden, zwischen der Grenze zur Schweiz bis zur deutsch-französischen Grenze... [Fortsetzung](#)

Berlin präsentiert neue Kommunikationsstrategie zum Thema Europa



Der deutsche Außenminister, Guido Westerwelle, hat eine neue Kommunikationsstrategie zum Thema Europa vorgestellt. Der Strategie mit dem Titel "Europa erklären - Europa diskutieren" liegt die Idee zugrunde, dass sich Europa zurzeit in einer entscheidenden Phase befindet. Die Außen- und Europapolitik Deutschlands verfolgt zwei Ziele: "Wir wollen aktiv an der Schaffung des zukünftigen Europas mitwirken. Parallel dazu müssen wir die Bürger der Bundesrepublik, Europas und darüber hinaus davon überzeugen, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden..." [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Niedrigste Geburtenrate seit 1988



Nach neuesten Zahlen, die der dänische nationale Gesundheitsrat (Sundhedsstyrelsen) am 5. März veröffentlichte, wurden im Jahr 2011 in Dänemark nur 59 000 Babys geboren und damit 4 000 Babys weniger als im Vorjahr. Bei den aktuellen Zahlen handelt es sich um die niedrigste Geburtenrate in Dänemark seit dem Jahr 1988. Als mögliche Gründe nennen die Spezialisten die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage. Die Krise würde dazu führen, dass Paare länger warten, bis sie sich zur Familiengründung entschließen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

"Mein Glaubensbekenntnis für Europa" von François Fillon



Am 8. März veröffentlichte der französische Premierminister François Fillon einen Gastbeitrag im Wochenmagazin "Le Point", in dem er für ein politisches Europa plädiert. Fillon schreibt, dass er im Jahr 1992 im Referendum zum Maastricht-Vertrag mit "Nein" stimmte, dass er sich

jedoch heute angesichts der Wirtschaftskrise - anders als zum damaligen Zeitpunkt - der "Zerbrechlichkeit der europäischen Konstruktion" bewusst sei. Heute fühle er auf eine gewisse Art einen "europäischen Patriotismus". Fillon erläutert die beiden Verträge, die Anfang des Jahres unterzeichnet wurden: den Vertrag für den europäischen Stabilitätsmechanismus und den Vertrag für Stabilität, Koordinierung und Regierung. Er kritisiert die sozialistische Partei Frankreichs für ihre "parteitaktische" Behandlung der europäischen Themen, ohne deren wahre Relevanz und Dringlichkeit zu erkennen. Europa steht laut Fillon im Mittelpunkt des Wahlkampfs. Um Chaos zu vermeiden, müsse "der Schritt hin zu "einer wirklichen politischen Union" gemacht werden... [Fortsetzung](#)

Litauen :

Neues Atomkraftwerk für 2021



Die Premierminister von Estland, Lettland und Litauen, Andrus Ansip, Waldis Dombrowskis und Andrius Kubilius sprachen sich am 8. März für den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Visaginas (Litauen) aus. Sie erklärten, ihre Anstrengungen verstärken zu wollen, um den vorgesehenen Zeitplan bis zum Betriebsstart (im Jahr 2021) einzuhalten. Darüber hinaus befassten sich die baltischen Regierungschefs mit Möglichkeiten der Importbeschränkung von Elektrizität aus Drittländern. Ein Zeitplan und genauere Inhaltspunkte hierzu werden während des nächsten Treffens festgelegt werden... [Fortsetzung](#)

Slowenien :

Slowenien: Verankerung einer Schuldenbremse in Verfassung in naher Zukunft



Der slowenische Premierminister Janez Jansa erklärte am 5. März nach einem Treffen mit Vertretern sämtlicher Parteien, dass die Schuldenbremse , die im europäischen Fiskalpakt vom 2. März vorgesehen ist, bald in der Verfassung Sloweniens festgeschrieben werden soll; hierfür ist ein Anhang zu Art. 148 in der slowenischen Verfassung vorgesehen. Dem hierfür notwendigen Gesetz müssen mindestens 2/3 der Abgeordneten im Parlament zustimmen. Janez Jansa betonte zudem, dass die Regelungen des Fiskalpaktes vom 2. März "so schnell wie möglich" ratifiziert werden würden... [Fortsetzung](#)

Kroatien :

Kroatien: Unterzeichnung des Beitrittsabkommens zur EU



Die kroatischen Abgeordneten stimmten am 9. März einstimmig für den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union. Von den insgesamt 151 Abgeordneten waren 136 anwesend, die geschlossen für den Vertrag stimmten, der in Brüssel nach 6 Jahren Verhandlungen unterzeichnet werden konnte. Der Beitritt zur EU wurde in einem Referendum am 22. Januar 2012 von 66% der Kroaten begrüßt. Das Beitrittsabkommen muss von sämtlichen 27 übrigen Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert werden, wobei die Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Italien und Malta die Ratifizierung bereits abgeschlossen haben. Der Beitrittsvertrag soll am 1. Juli 2013 in Kraft treten... [Fortsetzung](#)

OSZE :

OSZE veröffentlicht Bericht über Wahlbetrug in Russland



Am 5. März veröffentlichte die OSZE ihren Bericht zu den russischen Präsidentschaftswahlen, in dem sie Unregelmäßigkeiten während des Wahlkampfs und während der Wahlen bestätigt. Wladimir Putin konnte als Kandidat und scheidender Premierminister von besonderen Konditionen profitieren, insbesondere was seine Medienpräsenz angeht. Die OSZE weist in ihrem Bericht auf Beschwerden von Angestellten hin, die von ihren Vorgesetzten zu einer Beteiligung am Wahlkampf für Putin gezwungen wurden. Der Bericht listet darüber hinaus Unregelmäßigkeiten während des Ablaufs der Wahlen auf (Betrug bei den Wahllisten, mehrfache Wahl durch die gleiche Person, späte Hinzufügung von Namen auf Wählerlisten) und bei der Stimmenausschüttung (schlechte Organisation und mangelnde Transparenz)... [Fortsetzung](#)

Luftfahrt :

Fluggesellschaften gegen CO2-Handel



Am 11. März wandten sich Airbus und 6 europäische Fluggesellschaften (Air France, British Airways, Lufthansa, Iberia, Virgin Atlantic, Air Berlin) und 2 Unternehmen (MTU, Safan) in einem Schreiben an die französische, deutsche, britische und spanische Regierung, um ihre Position gegen die Einführung des CO2-Handelssystems im Luftverkehr deutlich zu machen. Sie kritisieren das "unilaterale Vorgehen" bei der Einführung der Maßnahmen, die seit dem 1. Januar 2012 gelten und vorsehen, dass alle Gesellschaften, die in der EU aktiv sind, Berechtigungen für ein Äquivalent von 15% ihrer CO2-Emissionen kaufen müssen - für insgesamt 32 Millionen Tonnen CO2. Der Brief erfolgt als Reaktion auf angekündigte Protestmaßnahmen von Seiten Chinas. Die Unternehmen fordern eine "breite Diskussion" innerhalb der Internationalen Luftverkehrsbehörde über das CO2-Handelssystem... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Niedrigeres Wachstum vorhergesagt



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 6. März veröffentlichte, sank das BIP der Eurozone und der Europäischen Union im 4. Quartal 2011 um 0,3% im Vergleich zum vorherigen Quartal, allerdings gab es einen Anstieg um 0,7% bzw. um 0,9% im Vergleich zum 4. Quartal 2010. Im gesamten Jahr 2011 stieg das BIP um 1,4% in der Eurozone und um 1,5% in der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

Leistungsbilanzüberschuss



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 12. März veröffentlichte, verzeichnet die Europäische Union im 4. Quartal 2011 einen Leistungsbilanzüberschuss von 4,4 Milliarden Euro, im 4. Quartal 2010 war hingegen ein Defizit von 21,4 Milliarden Euro verzeichnet worden. Im Warenverkehr verzeichnet die Union im 4. Quartal 2011 ein Defizit von 11,3 Milliarden Euro, im 4. Quartal 2010 war ein Defizit von 30,4 Milliarden Euro verzeichnet worden. Im Dienstleistungsverkehr gab es in der Union einen Überschuss in Höhe von 31,4 Milliarden Euro im 4. Quartal 2011, im 4. Quartal 2010 war diesbezüglich ein Überschuss in Höhe von 25,1 Milliarden Euro verzeichnet worden... [Fortsetzung](#)

Frauen, Alter und soziale Ungewissheit



Aus Anlass des Welfrauentages und des europäischen Jahres für aktives Altern hat Eurostat am 8. März eine Studie über Frauen ab 65 veröffentlicht. Europaweit gibt es in dieser Altersklasse ca. 40% mehr Frauen als Männer, in den baltischen Staaten sind es sogar mehr als 50%. Außerdem sind mehr Frauen als Männer von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Daraus wird auch deutlich, dass weitere Fortschritte benötigt werden. Die Studie stellt zusätzlich heraus, dass sich die Erwerbsquoten von Männern und Frauen mit steigendem Ausbildungsniveau angleichen... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Union



Anlässlich des internationalen Frauentags veröffentlichten das europäische Parlament und Eurobarometer die Ergebnisse einer Umfrage zum Thema "Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Union". Nach den Ergebnissen der Umfrage glauben 52% der Europäer, dass die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen nach wie vor ein ernstes Problem darstellt. 60% sind der Ansicht, dass das Phänomen im Laufe der letzten 10 Jahre weniger immanant geworden ist, dass jedoch nach wie vor große Probleme ersichtlich sind. Die am wichtigsten beurteilten Ungleichheiten sind die Gewalt gegen Frauen (48%) und ungerechte Bezahlung (43%). 26% sind der Ansicht, dass Ungleichheit eher durch positive Anreize bekämpft werden soll, 27% sind der Ansicht, dass nur zwingende Regelungen weiter führen. Fast die Hälfte der Befragten (47%) ist der Ansicht, dass

Trotz Krise sind Europäer weiter reiselustig



Eurobarometer hat die Ergebnisse einer Umfrage zu Tourismus und Reiselust der Europäer veröffentlicht. Im Jahr 2011 verreisten 72% aller Befragten und über 80% erklärten, dass sie im Jahr 2012 verreisen wollen. Spanien war das am häufigsten gewählte Reiseziel im Jahr 2011 (11%), gefolgt von Italien (9%), Frankreich (8%), Deutschland (5%), Österreich (5%) und Griechenland (4%). Entsprechend der Umfrageergebnisse stieg die Zahl derer, die 2011 ihren Urlaub in Europa verbrachten. Entsprechend der Angaben der Befragten wird für 2012 mit einer weiteren Zunahme der Urlauber innerhalb Europas gerechnet... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Umfrage zur Beliebtheit europäischer Staatschefs



Laut einer Umfrage des Instituts BVA, die Befragungen in Deutschland, Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien durchführte, erreicht Angela Merkel von den Staats- und Regierungschefs dieser Länder die besten Bewertungen und Nicolas Sarkozy die schlechtesten Werte. Beide erfreuen sich größter Bekanntheit (93% für N. Sarkozy und 92% für A. Merkel). Der französische Präsident erhält 33% gute und 58% schlechte Bewertungen, während die Bundeskanzlerin 50% gute und 41% schlechte Bewertungen erhält... [Fortsetzung](#)

Atomausstieg in Deutschland: Verschiedene Szenarien



L'institut français des relations internationales (IFRI) hat eine Studie veröffentlicht, die die Auswirkungen des 2011 in Deutschland beschlossenen Atomausstiegs analysiert in Bezug auf Wirtschaft und Energiepolitik. Die Studie des IFRI ist ein Auszug aus einer längeren Studie zum gleichen Thema, die im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung erstellt wurde. Die Autoren (6 Energie- und Klimaexperten aus Deutschland) stellen verschiedene Szenarien der Energiewende vor und analysieren die Folgen in Bezug auf Energieverbrauch, Strompreise und CO2-Emissionen. Es werden die unterschiedlichen Auswirkungen der verstärkten Nutzung von Gas- oder Kohlekraftwerken dargestellt; die Kosten werden mit den Kosten anderer Szenarien verglichen... [Fortsetzung](#)

Kann der Kosovo EU-Mitglied werden?



Am 7. März veröffentlichte das Finnish Institute of International Affairs eine Studie mit dem Titel: "Will the EU road open for Kosovo as well?". Die Studie folgt unmittelbar auf die offizielle Anerkennung Serbiens als Beitrittskandidat zur EU am 2. März. Der Autor analysiert die Einigung zwischen Serbien und dem Kosovo und geht der Frage nach den zukünftigen Beziehungen zwischen Kosovo und Europäischer Union nach, vor dem Hintergrund des neuen Status Serbiens als Beitrittskandidat... [Fortsetzung](#)

Mögliches Engagement der EU in Asien in puncto Seesicherheit



Die Stiftung für internationale Beziehungen und außenpolitischen Dialog (FRIDE) veröffentlicht eine Studie zu dem Thema: "Maritime Sicherheit in Asien: Was die EU tun kann". Die Studie analysiert die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements der EU in Asien, auch um ihrem Anspruch als 'global player' gerecht zu werden. Der Autor widmet sich schwerpunktmäßig dem Bereich der Seesicherheit... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Bericht zur Zukunft der Eurozone

Am 6. März überreichte der französische Senator Jean Arthuis dem französischen Premierminister François Fillon einen Bericht zur Zukunft der Eurozone. In seinem Bericht plädiert der Senator für "eine



Stärkung der Regierung der Eurozone und eine langfristige Sicherstellung der Stabilität". Arthuis schlägt eine spezifische Regierung für die Eurozone vor, mit eigenem Schatzamt und der Fusion der Positionen des Ratspräsidenten (der zugleich Vorsitzender der Eurozone ist) und des Präsidenten der europäischen Kommission. Arthuis fordert eine Institutionalisierung der Eurogruppe (Minister der Eurozone), indem ihr Entscheidungsgewalt verliehen wird. Das europäische Statistikbüro "Eurostat" soll zu einer unabhängigen Agentur umgewandelt werden und die nationalen Haushalte sollen angeglichen werden. Darüber hinaus enthält der Bericht den Vorschlag, eine Überwachungskommission für die Eurozone einzurichten, der nationale und europäische Abgeordnete angehören sollen... [Fortsetzung](#)

Ausgaben für Verteidigung in Asien übersteigen europäische Verteidigungsausgaben



Dieses Jahr werden die asiatischen Verteidigungsausgaben vermutlich die europäischen Ausgaben für Verteidigung übersteigen, wie der Jahresbericht des Internationalen Instituts für strategische Studien, IISS, mit dem Titel "Équilibre militaire en 2012" feststellt. Auch wenn die Pro-Kopf-Ausgaben für Verteidigung in Asien weit geringer sind als diejenigen in Europa, werden die Gesamtausgaben in Asien diejenigen in Europa auf der Basis aktueller Schätzungen im Jahr 2012 übersteigen. Entsprechend des Berichts des IISS liegt China, das sich mit der Modernisierung seiner Streitkräfte und seiner militärischen Ausstattung beschäftigt, an erster Stelle im Ausgabenranking. China verfügt aufgrund seines starken Wachstums über die notwendigen Finanzmittel... [Fortsetzung](#)

Von einem Europa der Staaten zu einem Europa der Bürger



Am 8. März hat Le Monde einen gemeinsamen Artikel von Yves Bertoncini (Generalsekretär von Notre Europe), Thierry Chopin (wissenschaftlicher Leiter der Robert Schuman Stiftung), Jérôme Cloarec (Präsident des Atelier Europe), Jean-François Jamet (Sprecher von EuropaNova), Thomas Klau (Leiter des Pariser Büros des European Council on Foreign Relations) und Dominika Rutkowska-Falorni (Generalsekretärin der Europäischen Bewegung Frankreich) veröffentlicht. In dem Artikel fordern die Autoren "die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen den beiden Kräften, auf denen die Legitimität der Europäischen Union beruht: auf den Staaten und auf den Bürgern". Die Autoren schlagen die direkte oder indirekte Wahl des Kommissionspräsidenten vor, die Ernennung der Kommissare durch Vertreter des Volkes und eine gerechtere Zusammensetzung des europäischen Parlaments (unter proportionellen Gesichtspunkten). Die Krise mache es notwendig, das politische, soziale und wirtschaftliche Modell der Europäischen Union neu zu ordnen. Sämtliche Autoren fordern mehr Föderalismus... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Degas im Musée d'Orsay



Das Musée d'Orsay widmet bis zum 1. Juli 2012 dem französischen Maler Edgar Degas (1834-1917) eine Ausstellung. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Akte des Künstlers, der diese in Form von Gemälden, Skulpturen, Zeichnungen, Drucken und Pastellmalerei festhielt... [Fortsetzung](#)

Kunstmesse in Maastricht



Bis zum 25. März 2012 findet in Maastricht zum 25. Mal die Kunst- und Antikmesse TEFAP statt. Besucher haben dort Gelegenheit, Gemälde, Dekorationsobjekte und andere Kunstgegenstände und Antiquitäten zu bewundern und zu erwerben; sämtliche Objekte sind von insgesamt 29 Expertenkomitees begutachtet worden... [Fortsetzung](#)

Ausstellung Salvador Dali in Rom



Der 'Vittoriano-Komplex' in Rom zeigt bis zum 1. Juli eine Ausstellung mit Werken des spanischen Künstlers Salvador Dali, unter dem Titel "Ein Künstler, ein Genie". Die Ausstellung umfasst Zeichnungen, Gemälde, Fotos, Filme, Briefe und Objekte aus seinem umfangreichen Werk. Der persönliche und künstlerische Werdegang des exzentrischen Maestro (1904-1989) kann anhand der Auswahl der Ausstellungsobjekte nachvollzogen werden; Kunst und Persönlichkeit sind bei Dali untrennbar miteinander verbunden... [Fortsetzung](#)

Buchmesse



Vom 16. bis 19. März findet die 32. Buchmesse in den Messehallen am Porte de Versailles in Paris statt. Dieses Jahr werden 2000 Autoren und 1200 Verlage aus vierzig Ländern erwartet. Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima stehen die japanischen Autoren als Ehrengäste im Mittelpunkt der Messe. Eine weitere Hauptrolle nehmen digitale Medien ein. Erstmals wird Amazon als großes amerikanisches Unternehmen, das in erster Linie Bücher über das Internet verkauft, auf einem Stand vertreten sein... [Fortsetzung](#)

Europäische Union finanziert Wiederaufbau der Nationalbibliothek in Sarajewo



Am 7. März gab die Europäische Union bekannt, dass sie sich mit 4,9 Millionen Euro an der Fertigstellung des Wiederaufbaus der Nationalbibliothek in Sarajewo beteiligen wird. Die Bibliothek wurde bei einem Brand während des Krieges 1992 bis 1995 zerstört, die Wiederaufbauarbeiten begannen im Jahr 1996 mit der Hilfe zahlreicher europäischer Staaten. Der Bürgermeister von Sarajewo, Alija Behmen, sagte, dass die Arbeiten dank der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Union bis 2014 beendet sein dürften... [Fortsetzung](#)

Agenda :



12. März
Brüssel
Treffen der Finanzminister der Eurozone



12.-15. März
Straßburg
Sitzungswoche des Europäischen Parlaments



13. März
Brüssel
Ratstreffen der Wirtschaft und Finanzen



14. März
Präsentation des neuen "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union en 2012" (6. Ausgabe)



16. März
Brüssel
Ratstreffen Handel



18. März
Wahl des neuen Bundespräsidenten (Deutschland)



19. - 20. März
Brüssel
Ratstreffen Landwirtschaft-Fischerei

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Katrin Gebhard, Mélanie Laplace, Camille Stephan, Marion Zosi.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}